

**Gegenstand: Änderung des SGB II zum 1. Januar 2011:  
Aktuelle Informationen zum Umbau der GfA in einen Jobcenter**

**Die Vorsitzende** informiert den Ausschuss zum aktuellen Sachstand der Änderungen des SGB II zum 01.01.2011.

Alle 8 Mitarbeiter/innen der Stadt Speyer, die z.Zt. bei der GfA beschäftigt sind, stehen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen mit der Stadt Speyer.

Sie bleiben auch weiterhin städtische Beschäftigte und können an ihrem bisherigen Arbeitsplatz in der GfA im Januar 2011 weiter arbeiten.

Am 22.11.2010 wird eine gemeinsame Personalversammlung mit der Stadt Frankenthal, den jeweiligen Personalräten, der BA sowie den kommunalen Trägern stattfinden.

Die Wahl des Personalrats sowie der Gleichstellungsbeauftragten wird im zukünftigen „Jobcenter Vorderpfalz-Ludwigshafen“ im 1. Quartal 2011 vollzogen, so das Ziel der BA. Im Jahr 2011 wird es neue Eingliederungskonzepte für die Altersgruppe U 25 sowie für Alleinerziehende und Migranten geben.

**Frau Münch-Weinmann** fragt an, wie es für die Maßnahmeträger ab Januar 2011 weitergehen wird.

Es gäbe z.Zt. keine Planungssicherheit.

**Die Vorsitzende** sagt zu, diesen Punkt bei der kommissarischen Geschäftsführerin der GfA, Frau Hölscher, anzusprechen

Des Weiteren wird angefragt, wie es ab Januar 2011 es mit den 1,-Euro-Jobs weitergehen wird.

**Frau Völcker** erklärt, dass nach dem derzeitigen Kenntnisstand diese Maßnahmen auch in 2010 laufen werden. Da allerdings weniger finanzielle Mittel für die Eingliederungshilfe (EGT) zur Verfügung stehen, ist davon auszugehen, dass es weniger bzw. kürzere Maßnahmen in diesem Bereich geben wird.

Änderungen bei den 1,- Euro-Jobs sind für das Jahr 2011 geplant, was bereits in den Nachrichten in den vergangenen Wochen veröffentlicht wurde.

**Frau MÜch-Weinmann** bittet darum, an die GfA heran zu tragen, dass der Stadt Speyer eine kontinuierliche Kooperation im Interesse der betroffenen Menschen in unserer Stadt sehr wichtig ist.

**Frau Völcker** macht deutlich, dass mit Blick auf die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets auch die BA/GfA auf die Kooperation mit den Kommunen angewiesen ist. Wir werden dadurch fortlaufend unsere Möglichkeiten für Gespräche in den nächsten Wochen und Monaten nutzen können, so Frau Völcker.

**Die Vorsitzende** betont, dass wir den Ausschuss fortlaufend über die weiteren Schritte informieren wird.

**Gegenstand: Zuschüsse an Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen in der Sozial- und Gesundheitshilfe  
- Verteilerschlüssel 2010 -  
Vorlage: 0386/2010**

**Die Vorsitzende** macht deutlich, dass der vorliegende Verwaltungsvorschlag auf der Basis der Richtlinien von 1995 erstellt wurde.

Mit Verweis auf die Sitzung des Ausschusses im Frühjahr dieses Jahres erinnert sie an die angesetzte Neufassung. Die Verwaltung wird die bereits benannten Personen zur Vorbereitung eines Entwurfs Anfang des Jahres 2011 einladen.

**Die Vorsitzende** bittet darum, Punkt 3 der vorliegenden Tabelle, den Antrag des Diakonischen Werkes, gesondert aufzugreifen, seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Einwände.

Die Vorsitzende beantragt eine Änderung der Zuwendungshöhe auf 4.000,- € vorzunehmen, da der Verwaltung zum vorliegenden Verwendungsnachweis ergänzende Ausgabepositionen schriftlich mitgeteilt wurden.

**Herr Förster** fragt an, warum einzelne Verbände etwas mehr erhalten, als sie ursprünglich beantragt haben.

**Die Vorsitzende** erklärt, dass sich die Verwaltung sehr genau die Verwendungsnachweise (Finanzhaushalt, erreichte Bürger) angeschaut hat und daraufhin eine Zuschusssumme vorschlägt.

**Frau Tabor** informiert den Ausschuss, dass Frau Jäckle sie darüber in Kenntnis gesetzt hat, dass der Antrag der AWO wohl nicht bei der Stadt eingegangen ist.

**Die Vorsitzende** erläutert, dass ihr die Problematik bekannt sei und bittet den Ausschuss, zu beschließen, wie in solchen Fällen verfahren werden soll.

**Frau Münch-Weinmann und Herr Förster** äußern, dass der AWO der Zuschuss in Höhe des vergangenen Jahres gewährt werden sollte, wenn der Nachweis von Frau Jäckle erbracht wird, dass der Antrag gestellt wurde. Geht dieser nicht ein, kann kein Zuschuss gezahlt werden.

**Herr Cantzler** schlägt eine Fristsetzung vor.

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s:**

Der Zuschuss für das Diakonische Werk in 2010 wird auf 4.000,- € festgesetzt.

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s:**

Unter der Voraussetzung, dass der Nachweis der Antragstellung von der AWO am Freitag, 19.11.2010, erbracht wird, kann der Zuschuss in Höhe von 3.000,- € ausgezahlt werden.

Der Sozialausschuss fasst einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

Die finanzielle Förderung von Selbsthilfegruppen, Vereinen und Verbänden in der Wohlfahrtspflege erfolgt für das Jahr 2010 nach dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Verteilerschlüssel.

**Förderrichtlinien**

Der Sozialausschuss hat am 21.09.1995 Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der in der Wohlfahrtspflege tätigen Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände beschlossen.

Die Förderung kann aus einer Projektförderung oder aus einem Jahreszuschuss bestehen. Die eine Förderung schließt die andere aus.

**Haushaltsmittel**

Im Haushaltsplan stehen für 2010 **31.200,00 €**  
bei 100 % Freigabe zur Verfügung.

1. Aufgrund **bestehender Stadtratsbeschlüsse** wurden bereits ausbezahlt:

an die <b>Interessengemeinschaft Behinderter und ihrer Freunde</b>	
Miete und	
Nebenkosten	5.742,00 €
und an <b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	
Erbbauzins	<u>751,31 €</u>
	<b>6.493,31 €</b>

Zur Verfügung stehen somit noch **24.706,69 €**

**2. Projektförderung 2010**

Anträge zur Projektförderung liegen im Jahr 2010 nicht vor.

**3. Jahreszuschuss 2010**

Es liegen von folgenden Organisationen Anträge vor:

<b>Organisation</b>	<b>Förderung 2009</b>	<b>Anträge 2010</b>	<b>Verwaltungs- vorschlag</b>
<b>Wohlfahrtsverbände und Mobile Soziale Dienste</b>			
1. ASB	751,31	vgl. Punkt 1	vgl. Punkt 1
2. Caritas-Zentrum Speyer	3.000,00	5.000,00	5.000,00
3. Diakonisches Werk	3.000,00	4.000,00	separater Beschluss
4. IBF (Miete u. Nebenkosten – siehe Punkt 1)	5.742,00	vgl. Punkt 1	vgl. Punkt 1
<b>Altenhilfe freier Träger</b>			
5. Altenstube der Schlesier	500,00	500,00	500,00
6. Altenstube SP-Nord	1.500,00	1.500,00	1.600,00
<b>Selbsthilfegruppen in der Gesundheitsarbeit und Behindertenhilfe</b>			
7. Club geistig behinderter Jugendlicher	500,00	500,00	500,00
8. Frauenselbsthilfe nach Krebs	400,00	600,00	600,00
9. Krebsgesellschaft Rhld-Pfalz	450,00	2.400,00	450,00
10. Aphasiker – Gruppe Speyer -	1.500,00	1.500,00	1.600,00
<b>Kirchliche Organisationen</b>			
11. Kath. Frauenbund	200,00	200,00	200,00
12. Kolpingwerk	150,00	150,00	150,00
<b>Sonstige</b>			
13. VdK	350,00	350,00	350,00
<b>Organisation</b>			
<b>Förderung</b>			
<b>Anträge</b>			
<b>Verwaltungs- vorschlag</b>			
14. ZMO Zentralverband Deutscher und Osteuropäer	4.356,00	4.200,00	3.700,00 + bereits erhaltener Abschlag (+ 500,00)
15. Miteinander e.V. Aussiedler-Netzwerk für Russlanddeutsche	500,00	500,00	500,00

<b>Antragssumme:</b>	<b>21.400,00 €</b>	
<b>Vorschlagssumme incl. 3. (DW)</b>		<b>18.150,00 €</b>
<b>zuzüglich Förderung lt. Punkt 1</b>		<b>6.493,31 €</b>
<b>Gesamtsumme incl. 3. (DW)</b>		<b>25.643,31 €</b>
<b>Haushaltsansatz</b>		<b>31.200,00 €</b>

**Gegenstand: Armut- und Reichtumsberichterstattung  
- Ergebnisse des Workshops am 6. November 2010 -**

**Die Vorsitzende** bittet die Ausschussmitglieder um ein Stimmungsbild zum durchgeführten Workshop.

**Frau Münch-Weinmann** dankt der Verwaltung für die sehr gute Organisation und Gestaltung des Tages.

Ebenfalls lobt sie die Aufteilung der Arbeitsgruppen. Leider hat die beauftragte Firma transfer die Moderation schlecht organisiert. Eine größere Einbindung der Erfahrungen Betroffener hätte erfolgen sollen.

Am Nachmittag stand der Aspekt der Finanzen in der von ihr besuchten Arbeitsgruppe sehr im Vordergrund, dabei sollte nicht das „ob“, sondern das „wie“ miteinander diskutiert werden. Frau Münch-Weinmann bittet darum, die Idee des „Runden Tisches“ noch einmal aufzuzeigen, denn die Bedeutung der sozialen Arbeit für die Stadt Speyer ist enorm.

**Herr Cantzler** bestätigt die sehr gute Organisation, die Firma hätte besser sein können. Die Ansätze in der Arbeitsgruppe zur Definition „Armut“ und „Reichtum“ sollten seiner Einschätzung nach fortgesetzt werden. Das zwingend mehr Personal für eine Berichterstattung notwendig ist, kann er so nicht sehen und schlägt vor, den Fokus zunächst auf vorhandene Ressourcen und dessen Bündelung zu richten.

**Frau Tabor** dankt Herrn Herrling für den Versand seiner Power-Point-Präsentation und geht davon aus, dass zusätzliches Personal sicher nötig ist.

**Frau Münch-Weinmann** wünscht, dass man sich die in den Arbeitsgruppen eruierten Themen / Zielgruppen wie z.B. Wohnen, junge Erwachsene (U 25) noch einmal genauer anschaut.

**Frau Völcker** empfand die ausgewogene Beteiligung von Teilnehmer/innen aus Politik, Verwaltung sowie der Sozialhilfeträger als sehr positiv. Die konstruktiven Diskussionen in den Arbeitsgruppen brachten Ergebnisse, auf deren Grundlage man die Berichterstattung weiter planen könne. Ein kurzer Abschlussbericht der Fa. transfer liegt seit 3 Tagen vor und wird an die Teilnehmenden des Workshops in Kürze versandt. Für die nächste Sitzung des Ausschusses wird die Verwaltung einen Vorschlag zum weiteren Verfahren erarbeiten.

**Herr Cantzler** bittet, noch einmal zu schauen, was wir konkret für Daten benötigen und wie wir anschließend mit ihnen umgehen möchten.

**Auch Frau Seiler** lobt die durchgeführte Veranstaltung, die viele interessante Gespräche ermöglichte. Schade war, dass die Debatte zu den Finanzen den Nachmittag etwas dominierte.

**Herr Förster** erfragt die Kosten, die durch die Beauftragung der Firma entstanden sind.

**Herr Cantzler** gibt zu bedenken, das eine externe Begleitung immer ihr Geld koste.

**Die Vorsitzende** sichert zu, die Kosten in der nächsten Sitzung offen zu legen.

**Die Vorsitzende** stellt zusammenfassend fest, dass die Rückmeldungen zeigen, dass sicher jeder Teilnehmende etwas aus dem Workshop mitgenommen hat: Mit der Verantwortung sind wir gemeinsam einen ersten wichtigen Schritt zur Erstellung eines Armut- und Reichtumsberichts gegangen.

## 5. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 18.11.2010

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

#### **Gegenstand: Verschiedenes**

**Herr Förster** fragt an, ob es in Speyer Projekte der Sozialen Stadt gibt, die von den Kürzungen des Bundes betroffen sind.

**Die Vorsitzende** bittet, bei Herrn Ernst Müller eine Kopie des Protokolls der letzten Sitzung des Stadtrates anzufordern, da hier ausführlich darüber berichtet wurde.

## 5. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 18.11.2010



## 5. Sitzung des Sozialausschusses 18.11.2010 **Monika Kabs**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!